

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Bezugspreis: 25 241.
Preis für Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Verständlich in Dresden und Gegend bei postmässiger Zustellung sowie bei etwaiger Zustellung durch die Post (ohne Verrechnung 1,00 Mk., monatlich 2,50 Mk.). Die einseitige 27 vom breiten Jahre 98 99. Die Anzeigen unter Druck- und Druckungsmacht einseitige 27 vom breiten Jahre 98 99. Die Anzeigen unter Druck- und Druckungsmacht einseitige 27 vom breiten Jahre 98 99.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:
Markenstraße 38/40
Druck u. Verlag von Schmidt & Neichardt in Dresden.
Polischer-Rosio 19 395 Leipzig.

Förster-Pianos * Förster-Flügel besitzen Weltruf

Verkaufsort: August Förster, Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Die Antwortnote der Alliierten.

Keine Entspannung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Rotterdam, 24. Okt. Aus Paris wird gemeldet, daß die Antwortnote der Alliierten an Deutschland Anfang kommender Woche nach Berlin abgehen soll. Der Inhalt wird in der Sitzung des Alliiertenrates am Sonnabend aufgelegt werden. Die Note wird, wie wir hören, keine Entspannung der Lage bringen.

Weitere Wirkungen der Blockade.

Berlin, 24. Okt. Infolge der Sperre über die deutsche Schifffahrt in der Ostsee hat dort auch die gesamte Linienräumtätigkeit eingestellt werden müssen. Die deutsche Marinekommission hat der internationalen Marinekommission die planmäßige Fortführung der Arbeiten im Interesse der internationalen Schifffahrt und Fischerei vorgezogen. (W. Z. B.)

Stettin, 24. Okt. Infolge der Blockade der Ostsee durch die Verbändmächte macht sich in Stettin Knappheit an Brodtrakt nach den skandinavischen Häfen bemerkbar. Die Blockade der Ausfuhr hat eine Anhäufung von Gütern in den hiesigen Häfen bewirkt, namentlich auf den Güterbahnhöfen sind die Zustände unerträglich geworden. Der Verkehr der neutralen Schifffahrt ist unbehindert. Dagegen ist der Verkehr nach den skandinavischen Häfen wegen der Unsicherheit der dortigen Zustände eingestellt. (W. Z. B.)
Die „Deutsche Allg. Ztg.“ weist darauf hin, wie grausam die Ostseeblockade sei. Die Ostseefischer seien in großer Empörung. Die Kohlenversorgung Ostpreußens sei trostlos. Die Reichsregierung könne Eisenbahnwagen zu Kohlentransporten nach Ostpreußen nicht in genügender Zahl zur Verfügung stellen, da diese für Lieferungen an den Verband gebraucht werden. So seien deutsche Familien dem Hunger ausgeliefert, während der Verband unerträglich auf der Kohlenlieferung bestehe. Die Blockade gefährde auch die Kohlenversorgung Mitteldeutschlands. Dazu komme das Ausbleiben von Lebensmitteln und Erzen aus den neutralen Ländern. Die Aufhebung der Blockade müsse unbedingt verlangt werden, da ihre Folgen von unabsehbarer Wirkung auf die Volksgesundheit und Volkswirtschaft seien.

Die Vorgänge im Elsaß.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Strasbourg, 24. Okt. Nach Meldungen von der elsaßischen Grenze ist am Donnerstag außer in Straßburg auch in Müllhausen und Kolmar der militärische Belagerungszustand erklärt worden. Es liegen keine weiteren Nachrichten über die Vorgänge im Elsaß vor.

Paris, 24. Okt. Zu den Verhaftungen im Elsaß melden die „Baseler Nachrichten“: Der eigentliche Leiter der Bewegung ist der Anarchist Reher von Geburt Elsassler, Professor an der Technischen Hochschule in Straßburg und früherer deutscher Reserveoffizier. Er wurde mit zwei Mitverschworenen, Ritter und Dögel, in Gewahrsam genommen. Dögel ist Mitarbeiter der in Straßburg erscheinenden oppositionellen „La République“. Bei Reher wurde eine Summe von 35 000 Mk. gefunden. In die Angelegenheit sind weiter verwickelt mehrere sozialistische Gewerkschaftsführer, ein früherer elsaßischer Deputierter sowie ein sozialistischer französischer Parlamentarier. Für den 2. November ist auch in Elsaß-Lothringen ein Aufstand geplant, der gleichzeitig mit der kommunistischen Erhebung in Deutschland ausbrechen sollte.

Der Aufstand links des Rheins.

Duisburg, 24. Okt. Der Aufstand links des Rheins ist größtenteils beendet. Die Straßenbahnen sind wieder im Betrieb. Dagegen beschloßen die Eisenbahner und ein Teil der Bergleute, noch im Ausstande zu verharren. Die belgischen Besatzungsbehörden haben die Verkehrsbeschränkungen wieder in Kraft gesetzt und die Zensur wieder eingeführt. (W. Z. B.)

Der Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee hat eine Verordnung erlassen, in der auf Grund des Waffenstillstandsvertrages die Eisenbahnbeamten und Arbeiter aufgefordert werden, auf ihrem Posten zu bleiben und sich als aufgebunden zu betrachten. Wer diesem Erlasse nicht nachkomme, werde vor ein Kriegsgericht gestellt. (W. Z. B.)

Die Kosten der französischen Botchaft in Berlin.

Berlin, 24. Okt. Nach dem „Tempo“ ist für den Dienst der französischen Botchaft in Berlin der Betrag von 5 000 000 Francs ausgesetzt worden. Davon entfallen 5 Millionen auf den wirtschaftlichen und politischen Dienst. Für die verschiedenen Kommissionen, welche die Ausführung des Friedensvertrages mit Deutschland zu überwachen haben, werden 10 Millionen veranschlagt, wovon der größte Teil von Deutschland zurückverlangt werden soll. (W. Z. B.)

Englisch-amerikanische Gegenläufe.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Rotterdam, 24. Okt. In Washington ist eine Meldung aus Konstantinopel veröffentlicht worden, in welcher es heißt, daß die amerikanische Kommission, die sich mit der Unterforschung der Verhältnisse im nahen Osten beschäftigt hat, sich gegen die Annahme eines Mandats über die Türkei seitens der Vereinigten Staaten ausgesprochen hat und erklärt, daß Amerika, im Falle es dieses Mandat doch annehme, unbedingt verlangen müsse, die Autorität der Vereinigten Staaten bis zum Kaukasus auszudehnen. In diesem Falle würden also die großen Petroleumfelder von Batum unter die Oberhoheit der Vereinigten Staaten kommen.

Die „New York Times“ spricht sich in schärfster Weise gegen den Vorschlag von Morgenthau aus, welcher bekanntlich verlangt, daß Amerika im nahen Osten das Mandat nur unter der Bedingung annehmen soll, daß Großbritannien und Amerika gleiche Rechte in der Frage von Gibraltar zuerkannt werden. Die „New York Times“ sagt, alle Mächte hätten in den Friedenszeiten gleiche Rechte an der Straße von Gibraltar, während die „Londoner Times“ vor einigen Tagen darauf aufmerksam machte, daß, wenn England wieder in einen Krieg verwickelt werden sollte, es unmöglich den Vereinigten Staaten zuerkennen könne, eine Garnison in Gibraltar zu stationieren.

Das amerikanische Staatsdepartement gibt amtlich bekannt, daß die amerikanische Botschaft in Teheran der dortigen Presse eine offizielle Mitteilung zuleiten ließ, wonach die amerikanische Regierung das englisch-persische Abkommen nicht billigt. Die „World“ erzählt dazu, daß die amerikanische Antwortnote auf das amtliche britische Ersuchen, die Vereinigten Staaten sollten dem englisch-persischen Abkommen ihre Zustimmung geben, zu den schärfsten und spitzigsten Notizen gehöre, die je dem Londoner Foreign Office zugegangen seien.

Vorbehalte des amerikanischen Senats zum Friedensvertrage.

Washington, 24. Okt. Der „New York Cour.“ meldet aus Washington, daß der Senat aus sechs für auswärtige Angelegenheiten fünf Vorbehalte des Friedensvertrages angenommen habe. Der erste sieht vor, daß die Vereinigten Staaten allein darüber zu urteilen haben, ob im Falle des Austritts aus dem Bunde den internationalen Verpflichtungen nachgekommen ist. Der zweite bestimmt, daß die Vereinigten Staaten keinerlei Verpflichtung auf sich nehmen die territoriale Integrität eines anderen Landes zu verteidigen oder bei Streitigkeiten zwischen zwei Ländern zu intervenieren oder militärische Hilfe zu gewähren, es sei denn, daß der Kongreß dies genehmigt. Der dritte Vorbehalt bestimmt, daß kein Mandat ohne die Zustimmung des Kongresses angenommen werden darf. Der vierte gibt allein den Vereinigten Staaten das Recht, über ihre inneren Angelegenheiten zu urteilen. In dem fünften wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten die Monroelehre seinem Schicksal überlassen wollen. Die Demokraten haben en bloc gegen die Vorbehalte gestimmt. (W. Z. B.)

Die Lage in Fiume.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Fiume, 24. Okt. Aus Fiume kommen verbürgte Nachrichten über schwere Zusammenstöße zwischen italienischen Soldaten und Bauern wegen der unerhörten Requisitionen.

Die Landung englischer Truppen in Abakia dauert an. General Diaz ist mit einer besonderen Mission in Paris eingetroffen.

Die Blätter melden, daß die starke Opposition in Fiume ihre zerstückelten Kräfte wieder gesammelt hat und unter Jancas Führung für die Autonomie von Fiume eintritt. Die Opposition ist geführt von den bedeutendsten Geschäftleuten der Stadt, ohne Rücksicht auf die Nationalität.

Der „Wahlkampf“ in Italien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Fiume, 24. Okt. Der Wahlkampf führt in fast allen italienischen Städten und Provinzen zu schweren Ausschreitungen. Um diese Unruhen zu verhindern, erläßt Ritti ein neues Rundschreiben an die Präfecten.

„Mattino“ meldet: Salandra sei in Santo Leo, wo er im Circolo eine Wahlrede halten wollte, von Arbeitern und Frauen mit den Rufen empfangen worden: Nieder mit dem Urheber dieses Krieges! Schlägt ihn tot! Als er trotzdem zu sprechen versuchte, ging ein Steinhaag auf ihn nieder, so daß er die Brust ergriffen wurde.

Der Ministerrat beschloß, den 4. November als nationalen Feiertag zu erklären.

Die Neugestaltung der evangelischen Kirche im ehemaligen Oesterreich.

Man schreibt uns von deutsch-evangelischer Seite aus Böhmen:

Der Zerfall des alten Oesterreich und die völlige Umgestaltung der politischen Verhältnisse in den ehemals „im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern“ bar auch die evangelische Kirche Oesterreichs vor ganz neuen Zustände und grundlegende Veränderungen auf dem kirchlichen Verwaltungsgebiete gestellt. Die evangelische Kirche Kugsburger und Delveitischen Bekenntnisses stand im alten Oesterreich unter einem Kirchenregiment, dem „A. O. Evangelischen Oberkirchenrat“ in Wien, dessen Amtsbereich die ganze diesseitige Reichshälfte (Bisletthänen) umfaßte; sie hatte eine gemeinsame Generalsynode beider evangelischer Bekenntnisse, die nur in kirchlichen Sonderfragen getrennt verhandelt, sowie einen gemeinsamen ständigen Synodalenschatz.

Mit dem Erlöschen neuer Staatsgebiete auf dem Boden Alt-Oesterreichs war auch die Amtswirksamkeit der obersten evangelischen Kirchenbehörde, die als Abteilung (Sektion) dem Wiener Ministerium für Kultus und Unterricht angegliedert war, sogleich in Frage gestellt, da die neuen Staatsregierungen, insbesondere jene der Tschechoslowakei, sie nicht anerkannten.

So war die evangelische Kirche in der Tschechoslowakei plötzlich ohne verfassungsmäßiges Kirchenregiment und mußte notwendigerweise mit der neuen Regierung in Fühlung treten. Da die schon unter österreichischer Verwaltung in Superintendenzen und Seniorate zusammengefaßten tschechischen evangelischen Gemeinden sich im neuen Staate als „Böhmische Brüderkirche“ konstituiert hatten, fand eine Abordnung der deutschen kirchlichen Amtsträger das grundsätzliche Einverständnis der Prager Regierung, daß auch die deutschen evangelischen Gemeinden sich auf tschechischer Grundlage als deutsch-evangelische Kirche bezeichnen.

Es wurde zunächst für Sonntag, den 20. Oktober ein deutsch-evangelischer Kirchentag nach Teplitz-Turn einberufen, der aus den kirchlichen Amtsträgern einen reumalderischen Kirchenausschuß als vorläufig gefächsführendes Kirchenregiment zu wählen haben wird. Aus diesem Kirchenausschuß ist ein Verfassungsausschuß, ein Finanz- und ein Kloubierungs-Ausschuß zu bilden; letztere beide vor allem zwecks Auseinandersetzung mit dem bestehenden Kirchenregiment. Dieser erste Kirchentag wird auch die Wahlordnung für den später einuberufenen verfassunggebenden Kirchentag zu beschließen haben.

Die tschechoslowakische Regierung anerkennt bis dahin das bestehende Kirchenregiment und auch die seinerzeit in Oesterreich als Staatsrecht anerkannte bisher gültige Kirchenverfassung bleibt bis zur verfassungsmäßigen Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse in Kraft.

Graf Czernin über Kaiser Wilhelm.

Graf Czernin schreibt in seinen von der „Post, Jg.“ veröffentlichten „Erinnerungen aus dem Weltkrieg“ weiter über Kaiser Wilhelm:

Die Schwierigkeit im Naturell Kaiser Wilhelms, sich anderen Ideen und Gedankengerichtungen anzupassen, nahm im Laufe der Jahre zu. Das war die Schuld seiner Umgebung im weitesten Sinne. Der Kaiser konnte sagen oder tun, was er wollte; ob es richtig oder falsch war — er ließ auf begeisterte Bewunderung und Lob. Es fanden sich immer Menschen dazwischen, welche ihre verblüffende Bewunderung übertrugen.

Die zweifellos große Begabung Kaiser Wilhelms hätte ihre Früchte getragen, wenn er erzwungen gewesen wäre, sich seinen Weg selbst an den Stacheln der Kritik zu suchen. Bei der bestehenden Kritiklosigkeit verlor er das Maß, und das war sein Unglück.

War Kaiser Wilhelm in Worten und Taten stets sehr hart, so war er speziell während des Krieges doch in seinen Handlungen bedeutend weniger selbständig als man im allgemeinen annimmt. Viel mehr als die Offenlichkeit glaubt, war er der Gleichgültigkeit, nicht der Schlechtheit, und wenn sich die Entente heute das Recht anmaßt, Klagen und Richter in einer Person zu sein und dem Kaiser den Prozeß zu machen, so ist dies, abgesehen von allem anderen, deshalb falsch und ungerecht, weil Kaiser Wilhelm sowohl bei der Vorgeschichte des Krieges als auch während des Krieges niemals die Rolle gespielt hat, die die Entente ihm zuschreibt.

Er hätte eine Schuld, die nicht die seine ist. Er kann in seine Einsamkeit den Trost mitnehmen, stets nur das Beste gewollt zu haben. Und trotz allem, was heute über Wilhelm II. gesprochen und geschrieben wird, gilt für ihn voll und ganz das schöne Wort: „Friede den Menschen auf Erden die eines guten Willens sind“. Wenn er sich von der Welt zurückzieht, so kann er als solches gutes Gut sein gutes Gewissen mit sich nehmen. In eine alleinige Welt Herrschaft Deutschlands hat er wohl niemals gedacht, aber seine Pläne gingen gewiß dahin, daß Deutschland dauernd unter den ersten Mächten der Welt rangiere. Ich weiß bestimmt, daß dem Kaiser als sein Ideal der Gedanke vorgelebt hat, zu einem Weltabkommen